



Regierungsratsbeschluss vom 28. März 2017

Interpellation Nr. 19 David Wüest-Rudin betreffend Auswirkungen der kritischen Situation in der Türkei auf Basel; schriftliche Beantwortung

P175091

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die vom Interpellanten angesprochenen Themen stehen im Kontext der aktuellen politischen Situation in der Türkei im Vorfeld der Abstimmung zur Verfassungsänderung vom 16. April 2017 und ihren Auswirkungen auf Türkinnen und Türken in Basel. Die Kantonspolizei schliesst nicht aus, dass es im Verlauf der weiteren Diskussionen zur anstehenden Abstimmung auch in der Schweiz zu einer Zuspitzung der Situation unter den türkischstämmigen Menschen kommen könnte. Aktuell wird zwar hohe Emotionalität, allerdings noch keine Lage festgestellt, in der bestimmte Bevölkerungsteile konkret bedroht wären. Hinweis über Bespitzelungen wird in einem kritisch-offenen Dialog mit verschiedenen Akteuren aus der türkischen Diaspora nachgegangen, so auch mit dem einzigen im Raum Basel wirkenden Imam, welcher durch die Türkisch Islamische Stiftung Diyanet finanziell unterstützt wird. Drohungen unter Privaten werden gestützt auf entsprechende Anzeigen von den kantonalen Behörden verfolgt. Widerstände und Konflikte in der Integrationspolitik werden auf der Basis des nationalen Ausländerrechts beurteilt und dementsprechend behandelt. Die Regierung ist zudem der Ansicht, dass es aktuell keine Gründe gibt, die doppelte Staatsbürgerschaft, wie sie im nationalen Recht verankert ist, zu diskutieren. Dem Regierungsrat ist derzeit nichts von einem Werbeauftritt in Basel von staatlichen Stellen der Türkei bekannt.

